

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 1. Februar 1995 zur Festlegung der im Warteregister angegebenen Informationen und zur Bestimmung der zur Eingabe dieser Informationen befugten Behörden;

Aufgrund des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, so wie es abgeändert worden ist durch das Programmgesetz vom 22. Dezember 2003, insbesondere des Artikels 54 §§ 1 und 3;

Aufgrund des Programmgesetzes vom 19. Juli 2001, so wie es abgeändert worden ist durch das Programmgesetz vom 22. Dezember 2003, insbesondere des Artikels 62 § 2ter;

Aufgrund des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen, insbesondere des Artikels 3 Absatz 1 Nr. 11;

Aufgrund der Stellungnahme des bei Unserem Minister der Sozialen Eingliederung akkreditierten Finanzinspektors vom 4. Mai 2005;

Aufgrund des Gutachtens 40.020/4 des Staatsrates vom 6. April 2006, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Sozialen Eingliederung und Unseres Ministers des Innern

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - In Artikel 2 Absatz 1 Nr. 9 des Königlichen Erlasses vom 1. Februar 1995 zur Festlegung der im Warteregister angegebenen Informationen und zur Bestimmung der zur Eingabe dieser Informationen befugten Behörden werden die Wörter "vom Minister oder von seinem Beauftragten" durch die Wörter "von der Föderalagentur für die Aufnahme von Asylsuchenden" ersetzt.

Art. 2 - Artikel 3 Nr. 5 des vorerwähnten Königlichen Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"5. oder die Personalmitglieder der Föderalagentur für die Aufnahme von Asylsuchenden, die namentlich und schriftlich vom Direktionsausschuss dieser Föderalagentur bestimmt werden, und zwar ausschließlich für die in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 9 und 14 erwähnten Informationen,".

Art. 3 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Art. 4 - Unser für die Soziale Eingliederung zuständiger Minister und Unser Minister des Innern sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 27. April 2007

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern

P. DEWAELE

Der Minister der Sozialen Eingliederung

C. DUPONT

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 2436

[C - 2008/00632]

7 MEI 2008. — Koninklijk besluit tot vaststelling van bepaalde uitvoeringsmodaliteiten van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 7 mei 2008 tot vaststelling van bepaalde uitvoeringsmodaliteiten van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen (*Belgisch Staatsblad* van 13 mei 2008).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 2436

[C - 2008/00632]

7 MAI 2008. — Arrêté royal fixant certaines modalités d'exécution de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 7 mai 2008 fixant certaines modalités d'exécution de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers (*Moniteur belge* du 13 mai 2008).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 2436

[C - 2008/00632]

7. MAI 2008 — Königlicher Erlass zur Festlegung bestimmter Ausführungsmodalitäten zum Gesetz vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 7. Mai 2008 zur Festlegung bestimmter Ausführungsmodalitäten zum Gesetz vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

7. MAI 2008 — Königlicher Erlass zur Festlegung bestimmter Ausführungsmodalitäten zum Gesetz vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern

ALBERT II., König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, insbesondere des Artikels 40bis § 2 Absatz 2 und 3, so wie er durch das Gesetz vom 25. April 2007 eingefügt wurde;

Aufgrund des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerausweise und die Aufenthaltsdokumente und zur Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen, insbesondere des Artikels 1 § 1 Absatz 3;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 29. Februar 2008;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Staatssekretärs für Haushalt vom 14. April 2008;

Aufgrund der Dringlichkeit, begründet wie folgt:

In der Erwägung, dass die Europäische Kommission am 17. Oktober 2007 beschlossen hat, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften wegen verspäteter und unvollständiger Umsetzung der Richtlinie 2004/38/EG anzurufen und dass folglich vermieden werden muss, dass offiziell ein Vertragsverletzungsverfahren gegen den Belgischen Staat eingeleitet wird;

In der Erwägung, dass die Umsetzung der Richtlinie 2004/38/EG zum 30. April 2008 mehr als zwei Jahre Verspätung aufweist und dass die Europäische Kommission für einen derartigen Verzug eine "Null-Toleranz" eingeführt hat;

In der Erwägung, dass Belgien für die Einhaltung seiner Verpflichtungen in Bezug auf sein Richtlinien-Umsetzungsdefizit der Europäischen Kommission die Texte zur Umsetzung der europäischen Richtlinien bis zum 13. Mai 2008 notifizieren muss, damit sie im Anzeiger (Scoreboard), der im Juli 2008 veröffentlicht wird, aufgenommen werden können;

Aufgrund des Gutachtens 44.425/4 des Staatsrates vom 28. April 2008, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Migrations- und Asylpolitik und aufgrund der Stellungnahme Unserer Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmung*

Artikel 1 - Vorliegender Erlass setzt die Bestimmungen der Richtlinie 2004/38/EG des Rates der Europäischen Union vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, in Bezug auf die Einreise, den Aufenthalt und das Entfernen um.

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist zu verstehen unter Gesetz: das Gesetz vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern.

KAPITEL II — *Kriterien für die Feststellung des stabilen Charakters einer Beziehung zwischen den in Artikel 40bis § 2 Absatz 1 Nr. 2 des Gesetzes erwähnten Partnern*

Art. 3 - Der stabile Charakter einer Beziehung gilt in folgenden Fällen als erwiesen:

1. wenn die Partner nachweisen, dass sie ununterbrochen mindestens ein Jahr vor dem Antrag in Belgien oder in einem anderen Land zusammengewohnt haben,
2. wenn die Partner nachweisen, dass sie sich seit mindestens zwei Jahren kennen, sie regelmäßig per Telefon, per gewöhnliche oder elektronische Post in Verbindung standen, sie sich dreimal im Laufe der zwei vorhergehenden Jahre begegnet sind und diese Begegnungen insgesamt 45 Tage oder mehr gedauert haben,
3. wenn die Partner ein gemeinsames Kind haben.

KAPITEL III — *Fälle, in denen eine in Artikel 40bis § 2 Absatz 1 Nr. 1 des Gesetzes erwähnte Partnerschaft, die aufgrund eines fremden Gesetzes registriert ist, in Belgien einer Ehe gleichgesetzt werden muss*

Art. 4 - Eine aufgrund der Rechtsvorschriften eines der nachstehenden Länder registrierte Partnerschaft muss einer Ehe in Belgien gleichgesetzt werden:

1. Dänemark,
2. Deutschland,
3. Finnland,
4. Island,
5. Norwegen,
6. Vereinigtes Königreich,
7. Schweden.

KAPITEL IV — *Eintragung bestimmter Ausländer ins Warteregister aufgrund von Artikel 1 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerausweise und die Aufenthaltsdokumente und zur Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen*

Art. 5 - Ein Unionsbürger, der bei der Gemeinde eine in Artikel 42 § 2 des Gesetzes erwähnte Eintragungserklärung beantragt, wird sofort ohne vorherige Überprüfung des Wohnortes von der Gemeinde an der angegebenen Adresse ins Warteregister eingetragen in Erwartung dieser Überprüfung des Wohnortes.

KAPITEL V — *Schlussbestimmungen*

Art. 6 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Juni 2008 in Kraft.

Art. 7 - Unser Minister, der für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern zuständig ist, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Formia, den 7. Mai 2008

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Migrations- und Asylpolitik
Frau A. TURTELBOOM

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

N. 2008 — 2437

[C - 2008/03299]

16 JULI 2008. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 7 december 2007 tot wijziging van het KB/WIB 92, op het stuk van de bedrijfsvoorheffing en de Vlaamse forfaitaire vermindering van de bedrijfsvoorheffing (1)

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groot.

Gelet op het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992, artikel 275, § 1;

Gelet op het KB/WIB 92 :

- artikel 87, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 27 augustus 1993, 22 oktober 1993, 10 januari 1997, 20 mei 1997, 5 december 1997 en 24 juni 1999;

- artikel 88;

- bijlage III, vervangen bij het koninklijk besluit van 7 december 2007 en gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 18 maart 2008 en 18 juni 2008;

Gelet op de bijzondere wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de gemeenschappen en de gewesten, artikel 6, § 2, eerste lid, 4^o, ingevoegd bij de bijzondere wet van 13 juli 2001;

Gelet op het decreet van 30 juni 2006 houdende de invoering van een forfaitaire vermindering in de personenbelasting, gewijzigd bij het decreet van 23 mei 2008 houdende bepalingen tot begeleiding van de aanpassing van de begroting 2008;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende :

- dat dit besluit van toepassing moet zijn op de bedrijfsvoorheffing vastgesteld op de bezoldigingen die vanaf de maand augustus 2008 worden betaald of toegekend;

- dat het ten spoedigste ter kennis moet worden gebracht van de schuldenaars van de bedrijfsvoorheffing;

- dat dit besluit dus dringend moet worden getroffen;

Op de voordracht van Onze Vice-Eerste Minister en Minister van Financiën,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Artikel 2, derde lid, van het koninklijk besluit van 7 december 2007 tot wijziging van het KB/WIB 92, op het stuk van de bedrijfsvoorheffing en de Vlaamse forfaitaire vermindering van de bedrijfsvoorheffing, wordt vervangen als volgt :

« De Vlaamse forfaitaire vermindering van de bedrijfsvoorheffing bedraagt 16,70 EUR en wordt toegekend wanneer het jaarbedrag van de normale brutobezoldigingen in hoofde van de betrokken werknemer minstens 6.940 EUR en maximum 25.325 EUR bedraagt. »

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

F. 2008 — 2437

[C - 2008/03299]

16 JUILLET 2008. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 7 décembre 2007 modifiant, en matière de précompte professionnel, l'AR/CIR 92 et la réduction forfaitaire flamande du précompte professionnel (1)

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu le Code des impôts sur les revenus 1992, l'article 275, § 1^{er};

Vu l'AR/CIR 92 :

- l'article 87, modifié par les arrêtés royaux du 27 août 1993, 22 octobre 1993, 10 janvier 1997, 20 mai 1997, 5 décembre 1997 et 24 juin 1999;

- l'article 88;

- l'annexe III, remplacée par l'arrêté royal du 7 décembre 2007 et modifiée par les arrêtés royaux des 18 mars 2008 et 18 juin 2008;

Vu la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des communautés et des régions, l'article 6, § 2, alinéa 1^{er}, 4^o, inséré par la loi spéciale du 13 juillet 2001;

Vu le décret du 30 juin 2006 instaurant une réduction forfaitaire de l'impôt des personnes physiques, modifié par le décret du 23 mai 2008 contenant diverses mesures d'accompagnement de l'ajustement du budget 2008;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant :

- que le présent arrêté doit être applicable au précompte professionnel déterminé sur les rémunérations payées ou attribuées à partir du mois d'août 2008;

- qu'il doit être porté à la connaissance des débiteurs du précompte professionnel dans les plus brefs délais;

- que cet arrêté doit donc être pris d'urgence;

Sur la proposition de Notre Vice-Premier Ministre et Ministre des Finances,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. L'article 2, alinéa 3, de l'arrêté royal du 7 décembre 2007 modifiant, en matière de précompte professionnel, l'AR/CIR 92 et la réduction forfaitaire flamande du précompte professionnel, est remplacé par ce qui suit :

« La réduction forfaitaire flamande du précompte professionnel s'élève à 16,70 EUR et est accordée lorsque le montant annuel des rémunérations brutes normales dans le chef du travailleur concerné s'élève au moins à 6.940 EUR et atteint au maximum 25.325 EUR. »